

STEUERBERATERKAMMER NIEDERSACHSEN
Körperschaft des öffentlichen Rechts

30057 Hannover - Postfach 57 27 - Tel. 0511/288 90 39 - Fax 0511/288 90 25

Zwischenprüfung

am 13. März 2018

Prüfungsfach: Wirtschafts- und Sozialkunde

Arbeitszeit: 45 Minuten

Benötigtes Material: 1 Lösungsblatt

Vorbemerkung:

Füllen Sie zuerst den Kopf des Lösungsblattes aus.

Prüfen Sie die Aufgabe auf Vollständigkeit und beanstanden Sie fehlende oder unleserliche Seiten sofort bei der Aufsicht!

Beachten Sie dann, dass bei den folgenden **20 Aufgaben** von jeweils vier Möglichkeiten immer nur **eine** richtig ist. Bezeichnen Sie diese richtige Antwort durch ein **deutlich sichtbares Kreuz** ☒ in dem entsprechenden Kästchen.

Ein irrtümlich gesetztes Kreuz ist **unmissverständlich** durchzustreichen ☒.

Wenn mehr als ein Kästchen pro Aufgabe angekreuzt wird, gilt die Aufgabe als **nicht gelöst**.

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

1. Welcher Aussage zur Rechtsordnung stimmen Sie zu?
 - A Der Staat setzt die Rechtsordnung ein und sorgt dafür, dass sie durchgesetzt werden kann.
 - B Die Rechtsordnung regelt ausschließlich das Verhältnis des Bürgers gegenüber dem Staat.
 - C Die Rechtsordnung kontrolliert die Exekutive und Judikative.
 - D Die Rechtsordnung regelt ausschließlich das Verhältnis der Bürger und der privatrechtlich organisierten Gruppen untereinander.

2. Bei welchem Sachverhalt handelt es sich um öffentliches Recht?
 - A Der Kirchenchor „Selig e. V.“ erhebt laut seiner Satzung einen Beitrag von 15 EUR monatlich.
 - B Die Stadt Münster schließt einen Vertrag mit der BAU AG über den Neubau des Rathauses ab.
 - C Laut Satzung der Volkswagen AG ist der Ministerpräsident Niedersachsens Mitglied im Aufsichtsrat.
 - D Das Bauamt Wuppertal erteilt dem Einzelhändler Jesper e. K. die Baugenehmigung über eine neue Lagerhalle.

3. P. Zweigert kauft bei dem Künstler Klecks ein Gemälde. Das Bild hängt bei Vertragsabschluss im Museum für bildende Künste. Die beiden Vertragsparteien einigen sich daraufhin, dass das Bild am Ende der Ausstellung an Zweigert vom Museum ausgehändigt werden soll. Er zahlt den vereinbarten Kaufpreis in Höhe von 10.000 EUR sofort bar.
Nach welcher gesetzlichen Vorschrift geht das Eigentum auf Zweigert über?
 - A § 854 BGB
 - B § 929 S. 2 BGB
 - C § 931 BGB
 - D § 930 BGB

4. Die Stadt Münster kauft von einem Baumaschinenhändler eine Schmutzwasserpumpe für das öffentliche Hallenbad.
Welche gesetzliche vorgeschriebene Form ist nach dem BGB dabei einzuhalten?
 - A Schriftform
 - B Keine Formvorschrift
 - C Notarielle Beurkundung
 - D Öffentliche Beglaubigung

5. Ein Handlungsreisender erhält vertragsgemäß neben einem fixen Gehalt, eine Umsatzprovision von 5 %.
An welches Gericht kann er sich wenden, wenn die Provision seit Monaten nicht mehr gezahlt wird?
- A** Arbeitsgericht
 - B** Sozialgericht
 - C** Amtsgericht
 - D** Verwaltungsgericht
6. In welchen Fällen ist eine notarielle Beglaubigung notwendig?
- (1) Ein Landwirt pachtet von seinem Nachbarn Ackerland.
 - (2) Der Unternehmer B kauft von einem Privatmann ein Grundstück.
 - (3) Im Zusammenhang mit Grundstückskauf (2) lässt sich B eine Grundschuld ins Grundbuch eintragen.
 - (4) H. Müller und P. Petersen gründen eine GmbH. Beide erstellen dazu eine Satzung.
 - (5) Geschäftsführer Müller meldet die GmbH beim Handelsregister an.
- A** 1,3,4,5
 - B** 2,4
 - C** 3,5
 - D** 3,4,5
7. Der siebzehnjährige Kevin geht mit Zustimmung seiner Eltern einen Ferienjob ein, den er später ohne deren Zustimmung wieder ordnungsgemäß kündigt.
Die Kündigung ist ...
- A** schwebend unwirksam.
 - B** rechtlich voll wirksam.
 - C** anfechtbar.
 - D** nichtig.
8. Der Steuerberater P. Klevers beschäftigt für die Reinigung der Kanzleiräume die Aushilfskraft I. Suhrbier. Suhrbier erhält dafür 400 EUR monatlich.
Welche Vertragsart liegt vor?
- A** Werkvertrag
 - B** Dienstvertrag
 - C** Gesellschaftsvertrag
 - D** Kaufvertrag
9. In welchem Fall geht das Eigentum des A nicht unter?
- A** Unternehmer A verkauft an Unternehmer B eine Maschine und übergibt sie.
 - B** Unternehmer A verkauft unter Abtretung des Herausgabeanspruchs an den Kunden P ein Auto. Das Auto befindet sich noch im Besitz des X.
 - C** Unternehmer A verkauft unter einfachen Eigentumsvorbehalt Waren an Unternehmer E. E verkauft diese weiter an den Kunden K.
 - D** Unternehmer A werden aus dem Lager Waren gestohlen.

10. Welcher Aussage zum gerichtlichen Mahnverfahren stimmen Sie nicht zu?
- A Die Zuständigkeit im Mahnverfahren ergibt sich unter anderem aus der Zivilprozessordnung.
 - B Der Antrag wird in Niedersachsen beim zentralen Mahngericht in Uelzen vom Gläubiger eingereicht.
 - C Der Schuldner kann innerhalb von vier Wochen Widerspruch gegen den Mahnbescheid einlegen.
 - D Das gerichtliche Mahnverfahren soll dem Gläubiger einer Geldforderung ermöglichen, auf einfache und schnelle Weise, einen zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titel zu erhalten.
11. Der Unternehmensberater Tetzlaff hat bei der Büromöbelfabrik OHG fünf Schreibtischstühle bestellt. Vereinbarungsgemäß ist die Zahlung fällig mit der Lieferung, die am 07. April 2017 erfolgte. Am 12. Dezember 2017 wurde eine erste schriftliche Erinnerung verschickt. Eine weitere Erinnerung mit Androhung von gerichtlichen Schritten erfolgte am 06. Januar 2018. Bis zum 12. Februar 2018 erfolgte keine Reaktion des Unternehmensberaters.
Wann verjährt die Forderung aus diesem Geschäft?
- A 31.12.2020, 24 Uhr
 - B 31.12.2021, 24 Uhr
 - C 07.04.2020, 24 Uhr
 - D 06.01.2021, 24 Uhr
12. Die MediMus AG liefert dem Privatmann Burdenski einen Flachbildfernseher mit Rechnung am 15. Januar 2018. Über Zahlungsmodalitäten wird in der Rechnung nichts erwähnt.
Welcher Aussage stimmen Sie zu?
- A Der Zahlungsverzug beginnt in diesem Fall 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang der Rechnung.
 - B Als Schadenersatz kann die MediMus AG ausschließlich die gesetzlichen bestimmten Verzugszinsen in Rechnung stellen.
 - C Im vorliegenden Fall ist eine Mahnung für den Zahlungsverzug erforderlich.
 - D Die Verzugszinsen betragen im vorliegenden Fall 8 % über dem Basiszinssatz.

Soziale Sicherung

13. Im November 2017 verdient der Arbeitnehmer D. Getsch 7.000 € brutto. Sein Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung beträgt 593,73 EUR.
Welche Grenze ist maßgebend für die Berechnung des Beitrags?
- A Versicherungspflichtgrenze
 - B Jahresarbeitsentgeltgrenze
 - C Beitragsbemessungsgrenze
 - D Geringverdienergrenze

14. Welcher Sozialversicherungsträger übernimmt die Krankenkassenbeiträge für Arbeitslose, die Arbeitslosengeld I erhalten?
- A Sozialamt der zuständigen Gemeinde / Stadt
 - B Bundesknappschaft
 - C Krankenkasse
 - D Agentur für Arbeit
15. Welche der folgenden Personengruppe ist nicht in der gesetzlichen Sozialversicherung versicherungspflichtig?
- A Richter
 - B Künstler
 - C Bezieher von Arbeitslosengeld II
 - D Auszubildende
16. Wer erteilt die Betriebsnummer für den Betrieb des Arbeitgebers zur Meldung der Sozialversicherung
- A Agentur für Arbeit
 - B Finanzamt
 - C Stadt-, Gemeindeverwaltung
 - D Bundesamt der Finanzen

Handelsrecht

17. Welcher Aussage zum Handelsregister stimmen Sie zu?
- A Das Handelsregister besteht aus zwei Abteilungen. In Abteilung A werden die Einzelkaufleute geführt und in Abteilung B die Personen- und Kapitalgesellschaften.
 - B Das Handelsregister ist öffentlich, das heißt es kann jedermann Einsicht nehmen.
 - C Das Handelsregister wird bei der Industrie- und Handelskammer geführt.
 - D Das Handelsregister ermöglicht einen zentralen Zugang zu den Informationen aus dem Unternehmensregister, dem Partnerschaftsregister und dem Genossenschaftsregister.
18. Eine Aktiengesellschaft führt folgende Firmenbezeichnung:
„Brauerei Kuipers AG, Hannover“
Bei dem Firmennamen handelt es sich um eine ...
- A Sachfirma.
 - B Fantasiefirma.
 - C Personenfirma.
 - D Mischfirma.

19. In welchem Fall liegt eine konstitutive Wirkung der Eintragung des Handelsregisters vor?

- A** Erteilung einer Prokura
- B** Eintragung eines Kannkaufmanns
- C** Eintragung eines neuen Gesellschafters einer OHG
- D** Eintragung eines neuen Gesellschafters einer PartG

20. In welchen Fällen ist eine Bevollmächtigung ausgeschlossen?

- A** Aufnahme von Darlehen
- B** Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern
- C** Führung von Prozessen für das Unternehmen
- D** Insolvenzantrag